

Leiharbeit ist teuer und schwächt die Sozialsysteme

Positionspapier zur Leiharbeit in den Arbeitsfeldern der Freien Wohlfahrtspflege

Einleitung

Der Einsatz von Leiharbeit in pädagogischen, pflegerischen und gesundheitlichen Berufen hat in den vergangenen Jahren extrem zugenommen. Im öffentlichen Diskurs stehen bislang Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser im Vordergrund. Der Trend gilt aber gleichermaßen für Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Eingliederungshilfe, der Jugendhilfe sowie Einrichtungen des offenen Ganztags. Auch dort zeigt sich ein enormer Zuwachs von Leiharbeitspersonal.

Aufgrund des Arbeitskräftemangels ist Leiharbeit in den vergangenen Jahren für viele Träger unverzichtbar geworden, um den Betrieb in Einrichtungen und die Begleitung, Betreuung und Pflege bei steigendem Personalbedarf zu gewährleisten. Die aktuellen Dimensionen von Leiharbeit in Gesundheits- und Sozialberufen allerdings stellen die Träger und Einrichtungen der Freien Wohlfahrt, die sich der Daseinsvorsorge verpflichtet fühlen und einen sehr großen Teil der Angebote in pflegerischen und pädagogischen Arbeitsfeldern sicherstellen, vor große finanzielle und strukturelle Herausforderungen. Aus Sorge um Qualität und Fortbestand dieser unverzichtbaren Angebote stellt die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW im Folgenden zentrale Probleme dar und nennt maßgebliche Forderungen für eine zukunftssichere, nachhaltige und gerechte Perspektive.

Problemdarstellung

Der Einsatz von Leiharbeit wirkt sich in allen pädagogischen und pflegerischen Arbeitsfeldern aus. Etabliert er sich zunehmend als Normalität, bedeutet das...

- ...enorme Mehrkosten für die Gesellschaft sowie die Träger von Einrichtungen, die Personal nicht in ausreichendem Maß finden, sondern über Leiharbeitsfirmen einkaufen müssen. Für Leiharbeitnehmende in der Eingliederungshilfe z.B. fallen die Mehrkosten für Fremddienstleister bisweilen sogar um 260 Prozent höher aus als für das eigene Personal.
- ...einen Verlust von Kontinuität und Verlässlichkeit. Pädagogische und pflegende Berufe haben hohe ethische Anforderungen, denen ohne Stabilität und Planbarkeit mit eigenem Personal nicht mehr auf dem notwendigen Niveau nachgekommen werden kann.
- ...eine Entsolidarisierung zwischen Bestands- und Leiharbeitspersonal in den Einrichtungen. Da sich die Arbeitsverträge und Stellenzuschreibungen unterscheiden, kann die Zusammenarbeit im Team stark belastet werden und es kommt vermehrt zu einem Gefühl, nicht an einem Strang zu ziehen. Verantwortungsübernahme und Zuständigkeits- sowie Zugehörigkeitsgefühl sind nicht gleich verteilt und führen zu einer einseitigen Belastung des Bestandspersonals bei (planbaren) Arbeitszeiten und Vertretungsregelungen wie z.B. Nacht- und Feiertagsschichten. Die Teambildung vor Ort sowie die Qualität der Versorgung sind dadurch gefährdet.

- ...den Fluss von Steuergeld oder Geld der Kranken- und Pflegekassen sowie von Angehörigen oder Eltern in private Firmen, die ihre Gewinne nicht ins öffentliche und von der Allgemeinheit getragene Versorgungssystem reinvestieren – so, wie dies freie gemeinnützige Träger tun. Leiharbeitsfirmen können den Arbeitnehmenden dadurch lukrativere Angebote machen, werben in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege Personal ab und entleihen es dann wieder zu einem wesentlich höheren Satz an die Einrichtungen. Das stark regulierte Sozialsystem trifft auf einen Sektor, der den freien Kräften der Marktwirtschaft unterworfen ist. Die hohe Nachfrage nach dem knappen Gut „Personal“ bestimmt den Preis. Das Geld fehlt in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft. Die Gesellschaft kann sich diesen Trend nicht auf Dauer leisten.
- ...Schwierigkeiten, die gesetzlich vorgegebene Fachkraftquote zu halten. Ein Resultat daraus ist, dass teils Versorgungsleistungen nicht mehr erbracht werden können (Betten bleiben leer, Kita-Gruppen geschlossen) oder aber die Qualitätsanforderungen massiv ausgehöhlt werden.

Forderungen

Der Auftrag und das Ziel aller Akteur*innen der FW NRW ist es, eine qualitative, kontinuierliche und verlässliche Versorgung in pädagogischen, pflegerischen und gesundheitlichen Bereichen im Sinne der uns anvertrauten Menschen zukunftssicher zu gewährleisten. Dafür müssen Strukturen geschaffen und aufrechterhalten werden, die Handlungssicherheit für Träger und attraktive Rahmenbedingungen für Beschäftigte sicherstellen. Leiharbeit kann im Bedarfsfall eine zeitlich begrenzte Unterstützung sein, darf Einrichtungen der Sozialen Arbeit, Pflege und Krankenhäuser aber nicht weiter belasten. Die Kostenträger können ihren Sicherstellungsauftrag nur gewährleisten, wenn sie sich an tragfähigen Lösungen beteiligen und mitverantwortlich zeigen.

Die Freie Wohlfahrtspflege fordert deshalb:

Refinanzierung der Kosten von Leiharbeit

- ✓ Deckelung auf das 1,5-fache der tariflichen Vergütung, um Wucher zu verhindern
- ✓ Vollständige Refinanzierung von Mehrkosten für Arbeitnehmer*innen-Überlassung in sozialen Einrichtungen, in denen die Bildung, Versorgung und Pflege von Menschen ohne diese nicht sichergestellt werden könnte (Pflege, Krankenhaus, Eingliederungshilfe, Kita, OGS).

Regulierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

- ✓ Verbot von Karenzzeiten, wenn Personen aus der Leiharbeit wieder in die Regelbeschäftigung wechseln wollen sowie Verbot von Übernahmegebühren an die Leiharbeitsfirmen
- ✓ Einschränkung der Abwerbestrategien von Leiharbeitsfirmen
- ✓ Verkürzung der maximalen Überlassungsdauer, die eine Person als Leiharbeitende*r in ein- und demselben Betrieb tätig sein kann, auf 12 Monate
- ✓ Eine Verpflichtung zu nachhaltigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie z.B. eine Ausbildungsumlage, für Zeitarbeitsfirmen in der sozialen Arbeit

- ✓ Konsequente Begrenzung der Vermittlungshonorare bei der Übernahme von Leiharbeitskräften durch pädagogische und pflegerische Einrichtungen sowie Krankenhäuser
- ✓ Verpflichtung der Leiharbeitsfirmen, personelle Engpässe zu allen Dienstzeiten aufzufangen
- ✓ Verpflichtung der Leiharbeitsfirmen zu Nachweisen von regelmäßiger Weiterbildung des Pflegepersonals in bspw. Expertenstandards und unterschiedlichen Dokumentationssystemen

Unterstützung von nachhaltigen Alternativen zur Leiharbeit

- ✓ Refinanzierte trägereigene Springerpools für Ausfallkonzepte zur Gewährleistung der Dienstplansicherheit. Darüber hinaus ist eine Rechtsgrundlage für trägerübergreifende Springerpools herzustellen.

Eindämmung der Leiharbeit durch Förderung der Attraktivität von pädagogischen und pflegerischen Berufen

- ✓ Eine angemessene und refinanzierte Personalausstattung
- ✓ Auskömmliche Refinanzierung für den Ausbau von Digitalisierung zur Arbeitsentlastung
- ✓ Eine ausreichende Finanzierung der Sozialen Arbeit und Pflege, um Personalkonzepte realisieren zu können, die die Verteilung von Verantwortung am Qualifikationsniveau berücksichtigen und Fachkräfte entlasten
- ✓ Erleichterung von Zugängen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Zugewanderte
- ✓ Ausweitung der (digitalen) Ausbildungskapazitäten in und finanzielle Unterstützung der Pflegeschulen und Berufskollegs sowie Öffnung weiterer Bildungswege
- ✓ Erleichterung von Quereinstiegen, z.B. durch Qualifizierungsprogramme und Umschulungen
- ✓ Unterstützung und Schaffung von Ressourcen, um die Arbeit mit Menschen attraktiv zu gestalten und langfristige Rahmenbedingungen zu etablieren, die soziale Berufe in ihrem Stellenwert und ihrer Unverzichtbarkeit für die Gesellschaft abbilden

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW setzt sich dafür ein, das Gesundheits- und Sozialwesen zukunfts- und krisensicher zu gestalten. Berufe im sozialen und pflegerischen Bereich haben einen sinnstiftenden Charakter, sind für das gesellschaftliche Funktionieren unverzichtbar und können einen großen persönlichen Mehrwert generieren. Diesen Aspekt besonders herauszustellen, Arbeitsbedingungen an der Lebenswirklichkeit und den Lebensphasen von Arbeitnehmenden zu orientieren und den heutigen Wünschen zu Arbeit und Freizeit gerecht zu werden, sind zentrale Voraussetzungen, um Menschen für eine Tätigkeit in diesen Arbeitsfeldern zu gewinnen. Hier muss der Gesetzgeber auf Landes- und Bundesebene die richtigen Weichen stellen: für ein funktionierendes Sozial- und Gesundheitssystem und eine gerechte und soziale Gesellschaft von morgen.